

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

Ringens um Sanierung des CH-Bundeshaushalts

Bern (AP) Das Ringen um die Sanierung des Bundeshaushalts geht in eine neue Runde. Der Bundesrat brachte am Mittwoch abend nach zähen Verhandlungen ein Paket mit dem gewünschten Volumen von rund vier Milliarden Franken zusammen. Parteien und Verbände machten sich am Donnerstag aber bereits wieder ans Aufschnüren.

Bundespräsident Otto Stich zeigte sich nach der Marathonsitzung zu mitternächtlicher Stunde befriedigt über das Erreichte, auch wenn die Landwirtschaft entgegen seinen Anträgen aus Rücksicht auf das neue GATT-Abkommen vorerst verschont wurde. Die am Donnerstag nachmittag veröffentlichten Detailbeschlüsse zeigen, dass der Bundesrat vor allem in folgenden Bereichen über die am vergangenen 25. Mai gefällten Zwischenentscheidungen hinausgegangen ist: Auf der Ausgabenseite musste die Schweizer Regierung erneut zum Mittel der linearen Kürzungen greifen. Sie schlagen mit einem Spareffekt von 700 Millionen Franken zu Buche.

Einigung im Tarifkonflikt der deutschen Post

Köln (AP) Im Tarifkonflikt bei der deutschen Post zeichnet sich eine Einigung noch vor dem Wochenende ab. Wie Telekom-Sprecher Stephan Althoff am Donnerstag nachmittag mitteilte, haben Arbeitgeber und Gewerkschaft die einseitige Absicht, bei den Verhandlungen in Köln bis zum Freitag abend «alles unter Dach und Fach» zu bringen. Unterdessen fuhr die Postgewerkschaft ihre Warnstreiks deutlich zurück.

Deutschland übernimmt die Führung der EU

Brüssel (AP) Deutschland übernimmt heute die Präsidentschaft der Europäischen Union. Damit geht die Führung der laufenden Geschäfte des Verbundes aus zwölf Staaten bis zum Jahresende an die Bundesregierung über.

Grundig baut weitere 3400 Arbeitsplätze ab

Fürth (AP) Nach einem Rekordverlust von 348 Millionen Mark in 1993 hält die Grundig AG an ihren Plänen zum Abbau von weiteren 3400 Arbeitsplätzen fest. Dies bekräftigte der Vorstandsvorsitzende des mehrheitlich zum niederländischen Philips-Konzern gehörenden Herstellers von Unterhaltungselektronik, Pieter D. Harmsen, am Donnerstag in Fürth. Rund 2000 Stellen sollen in deutschen Standorten wegfallen, betroffen seien auch die Produktion und die Verwaltung im Stammsitz Fürth.

Vor 10 Jahren für die Frauen die politische Gleichberechtigung

Nach jahrelangen Bemühungen stimmten am 1. Juli 1984 die Männer im Fürstentum Liechtenstein der Einführung des Frauenstimmrechts zu

(G.M.) - Für das Fürstentum Liechtenstein dürfte der 1. Juli 1984 zu den historisch bedeutsamen Daten zählen: An diesem Tag fiel an einer Volksabstimmung die Entscheidung zugunsten der Einführung des Frauenstimmrechts. Die politische Gleichberechtigung wurde an dieser Abstimmung, an der sich nur die männlichen Stimmberechtigten beteiligen durften, verwirklicht. Im Verlaufe der vergangenen zehn Jahre ist es allerdings noch nicht gelungen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebens- und Rechtsbereichen zu realisieren - in verschiedenen Gesetzen sind die Frauen in ihren Rechtsansprüchen immer noch benachteiligt.

Bis die politische Gleichberechtigung im Fürstentum Liechtenstein verwirklicht werden konnte, brauchte es drei Volksabstimmungen. Die im Gefolge der schweizerischen Volksbefragung zu Beginn der siebziger Jahre durchgeführten Volksabstimmungen 1971 und 1973 verliefen negativ, eine bereits 1968 anberaumte konsultative Befragung, an der sich die Frauen ebenfalls beteiligen konnten, hatte eine knappe Zustimmung der Frauen, jedoch eine deutliche Ablehnung der Männer gegen die politische

Gleichberechtigung erbracht. Bis die Zeit endlich reif war, brauchte es nicht nur viel Überzeugungsarbeit, sondern es bedurfte auch gewisser Zugeständnisse auf der politischen Ebene wie die Einführung einer Karenzfrist für einheirathende Ausländerinnen oder die Aufnahme von Reformarbeiten für die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes.

Aktive Frauen polarisierten

Der Weg zur politischen Gleichberechtigung der Frauen verlief seit der ersten Landtagsdebatte 1965, als das Frauenstimmrecht im Plenum zur Sprache gebracht wurde, nicht gradlinig, sondern weist verschiedene Abweichungen von einer konsequenten Wegführung auf. Die Regierung wies in ihrer Botschaft an das Parlament in einer Rückschau im Jahre 1983 resignierend darauf hin, dass sich die Erwartungen in den Jahren 1965 bis 1973 nicht erfüllten, die Einführung des Frauenstimmrechts auf Landesebene müsse Wegbereiter für die Zuerkennung der politischen Gleichberechtigung auf Gemeindeebene sein. Andererseits jedoch musste die Regierung eingestehen, dass auch der umgekehrte Weg, vom Frauenstimmrecht auf kom-

munaler Ebene zur politischen Gleichberechtigung auf Landesebene zu gelangen, nicht zum Erfolg geführt hatte. Einige Gemeinden hatten nach einer Verfassungsänderung den Frauen das Stimm- und Wahlrecht schon vor 1984 zuerkannt, andere folgten erst nach der Volksabstimmung vom 1. Juli 1984.

Aktive Frauen, die sich in verschiedenen Aktionsgruppen - wie etwa in der Aktion «Dornröschen» - zusammengeschlossen hatten, um ihre Gleichberechtigung durchzusetzen, haben zweifellos zum Erfolg für das Frauenstimmrecht beigetragen, doch trugen sie gleichzeitig auch zu einer Polarisierung in der Bevölkerung bei. Während früher die «Quadrat-Schädel»-Karikatur die Gemüter erregte, so sind es derzeit die an den Strassenrändern aufgestellten Plakate aus Anlass des 10jährigen Bestehens des Frauenstimmrechts, die provokativ auf fehlende Gleichberechtigung hinweisen. «Gleiche Rechte fallen nicht vom Himmel», verteidigt Helen Marxer-Bulloni im neuen Buch «Inventur - zur Situation der Frauen in Liechtenstein» die Aktivitäten der Frauen, «sie müssen erkämpft werden, auch in Liechtenstein.»

Politische Gleichberechtigung, aber noch nicht gleichberechtigt

Die liechtensteinischen Frauen konnten in den vergangenen zehn Jahren langsam von ihrer politischen Gleichberechtigung Gebrauch machen, doch die auf Gemeinde- wie auf Landesebene gewählten Frauen stellen immer noch eine Minderheit dar. Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP), die 1982 mit der Eingabe von drei Motionen im Parlament die entscheidenden Vorstösse zur Einführung des Frauenstimmrechts unternahm, spielte eine Vorreiterrolle: Mit der FBP-Kandidatin Emma Eigenmann wurde erstmals eine Frau in den Landtag in der Legislaturperiode 1986-1989 gewählt; Maria Marxer (FBP) ist die erste Vorsteherin seit 1991 in Liechtenstein, nachdem sie vorher schon im Gemeinderat tätig war; mit Dr. Cornelia Gassner (FBP) nahm die erste Frau 1993 Einsitz in der Regierung. Inzwischen sind die Frauen besser in den verschiedenen Gremien vertreten: Im 25köpfigen Landtag sitzen zwei Frauen, die Frauenquote in den Gemeinderäten macht rund 8 Prozent aus, in der Fünfer-Kollegialre-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zügige Sanierung der fehlerhaften Landstrassen-Deckbeläge

Auf drei Teilstücken des Landstrassennetzes wurde der neue Deckbelag inzwischen eingebaut - Belagsarbeiten als Garantieleistungen

Begünstigt durch das hochsommerliche Wetter schreiten die Belagssanierungen auf jenen Teilstücken des Landstrassennetzes, die mit einem fehlerhaften Deckbelag versehen worden waren, sehr zügig voran. Bei den Arbeiten handelt es sich vollumfänglich um Garantieleistungen, wie uns die für das Verkehrswesen zuständige Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner gestern auf Anfrage erklärte. Die Staatskasse wird durch die Sanierungsmassnahmen also nicht belastet.

Auf vier Teilstrecken des Landstrassennetzes - beim nördlichen und südlichen Ortseingang von Schaan, im Bereich der Engelkreuzung in Nendeln sowie auf der Landstrasse in Vaduz - war ein Deckbelag eingebaut worden, welcher der vorgeschriebenen Griffigkeit nicht entsprach. Als Sofortmassnahme zur Unfallverhütung musste daher eine Oberflächenbehandlung durchgeführt werden.

Drei Abschnitte saniert

Sie werde darauf drängen, hatte Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner erspart bleiben. Denn eine Ablehnung des GATT wäre nach den Worten von Vororts-Präsident Andres F. Leuenberger ein «historisches Eigengoal».

Gatt-Ablehnung wäre «historisches Eigengoal»

Das GATT komme zum richtigen Zeitpunkt und setze für die Wirtschaft am wieder zaghaft beginnenden Konjunkturaufschwung ein klares und ermutigendes Signal für neue Dynamik, sagte der Präsident der Wirtschaftsförderung, Hans K. Jucker, an einer Pressekonferenz am Donnerstag in Bern. Nach den wenig geglückten Versuchen von Revitalisierung und Internationalisierung bringe das neue GATT Entscheidendes für die Volkswirtschaft. Er wies darauf hin, dass es in der Schweiz nur eine Wirtschaft gibt: «Es gibt keine Nichtmitglieder der Wirtschaft, die Wirtschaft sind wir alle», sagte Jucker.



Die Belagssanierung an der Engelkreuzung in Nendeln, die sich bis zum Bahnübergang (Bild) erstreckt, war gestern in vollem Gange und soll heute Freitag abgeschlossen werden. (Bild: Beat Schurte)

merferien wieder verschwinde. Zwei Belagssanierungen sind vor kurzem bereits durchgeführt worden, die Arbeiten an

der Engelkreuzung in Nendeln können bis heute Freitag grösstenteils beendet werden. Dank effizienter Aufteilung der

Fräs- und Belagsarbeiten durch das Tiefbauamt konnten die Verkehrsbehinderungen jeweils in erträglichem Rahmen gehalten werden.

Sichere Schulwege

Mit der Belagssanierung auf dem Teilstück beim südlichen Ortseingang von Schaan (beim Bürotel) wird bis nach den Sommerferien zugewartet, denn im gleichen Zuge soll dort auch ein neuer Fuss-/Radweg erstellt werden, wie uns Regierungsrätin Dr. Gassner gestern auf Anfrage mitteilte, die der Schulwegsicherung ein besonderes Augenmerk schenkt. Die Landerwerbsverhandlungen für diesen neuen Weg seien grösstenteils abgeschlossen, das Projekt werde derzeit ausgearbeitet. Massnahmen zum besseren Schutz der Fussgänger werden auch in Nendeln (von der Engelkreuzung Richtung Schaanwald) getroffen. Dort sollen bis im Herbst - ähnlich wie bei der Schaaner Ortseinfahrt - Betonsteine an der Fahrbahnaussenseite verlegt werden, um insbesondere den Kindern den Weg zur Schule steiler abzusichern. Die Betonsteine seien bereits bestellt worden, teilte uns Dr. Cornelia Gassner mit.

Delamuraz reist nach Vietnam

Fünftägiger Besuch als erster Bundesrat mit Wirtschaftsdelegation

Bern (AP) Der Schweizer Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz wird als erster Bundesrat am kommenden Sonntag nach Vietnam reisen. Er wird bei seinem fünftägigen Besuch von einer hochkarätigen Wirtschaftsdelegation begleitet. Ziel der Reise ist die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen mit Vietnam.

Der zehnköpfigen Delegation aus der Privatwirtschaft gehören unter anderem Vororts-Präsident Kurt Moser, David de Pury, Verwaltungsratspräsident der BBC Brown Boveri und Co-Präsident der ABB sowie weitere Vertreter des Banken- und Industriesektors an, wie einer Mitteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) zu entnehmen ist. Mit von der Partie wird behördensteits auch Botschafter Nicolas Imboden sein, der Delegierte des Bundesrates für Handelsverträge. Er hatte bereits vor einem Jahr die erste offizielle Schweizer Handelsmission seit dem

Ende des Vietnamkriegs im Jahr 1975 geleitet.

Auf dem Programm des bundesrätlichen Besuchs stehen Zusammenkünfte mit hohen vietnamesischen Politikern. So trifft die Schweizer Delegation bereits am kommenden Montag mit Ministerpräsident Vo Van Kiet zusammen, und auch ein kurzer Besuch bei Staatspräsident Le Duc Anh ist vorgesehen. Am Dienstag stehen weitere Treffen unter anderem mit dem Energie- und dem Finanzminister Vietnams auf dem Programm. Delamuraz will in Hanoi unter anderem eine Vereinbarung über die Berufsbildung sowie für die Ausbildung von Forstpersonal unterzeichnen. Vorgesehen ist auch ein Besuch der Schweizer Delegation im ABB-Werk Thanh Tri.

Die Schweiz ist in Vietnam der elftichtigste Geschäftspartner. 1993 hätten sich die Schweizer Importe aus Vietnam gemäss Handelsstatistik im Vergleich zum Vorjahr auf fast 22 Mio. Franken.

Mandela am 27. Juli in der Schweiz

Bern (AP) Der südafrikanische Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela kommt voraussichtlich am 27. Juli zu einem offiziellen Besuch in die Schweiz. Dies gab das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) auf Anfrage der AP bekannt. EDA-Vorsteher Flavio Cotti wird voraussichtlich im September nach Südafrika reisen.

Zum Ablauf des offiziellen Besuchs Mandelas machte das EDA zunächst keine Angaben. Der Ende vergangenen Aprils zum Staatspräsidenten gewählte Friedensnobelpreisträger und Kämpfer gegen die Apartheid soll von einer Bundesratsdelegation unter der Leitung von Bundespräsident Otto Stich empfangen werden. Daunter befindet sich auch Aussenminister Cotti, der seine Ferien auf Korsika dafür unterbrechen wird. Cotti's bereits im vergangenen April angekündigter Besuch an der Südspitze Afrikas wird gemäss EDA-Angaben voraussichtlich im September stattfinden.

Ver-rückte Preise !!

Modehaus Hannelore

Im Zentrum Kaufin 9494 Schaan